

Unterschreiben auch Sie für die Abschaffung der Praxisgebühr!

Die neue Praxisgebühr (10 €/Quartal) und die massive Erhöhung der Beteiligungsgebühren an Medikamenten und anderen medizinischen

Leistungen sind zutiefst unsozial und müssen daher wieder verschwinden. Gleiches gilt für die zum ersten Januar 2005 beschlossene Ausgrenzung der Zahnbehandlung aus dem Katalog der Kassenleistungen.

Das bisher (leider nur in der gesetzlichen Krankenversicherung) geltende Prinzip der Solidarität (zwischen Gesunden und Kranken und zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Versicherten) wird durch die eingeleiteten und geplanten Maßnahmen massiv verletzt und teilweise sogar zerstört:

- ▶ Die neuen Gebühren belasten nur Kranke und hier (als Festbeträge) besonders stark die wirtschaftlich Schwachen.
- ▶ Die Verdienener am Gesundheitssystem (Ärzte, Apotheken, Pharmaindustrie und –handel usw.) bleiben bei den Maßnahmen ungeschoren. Da ihre Produkte und Leistungen (zu großen Teilen) lebensnotwendig sind, ist das Einkommen der Branche zudem langfristig gesichert.
- ▶ Teile der Bevölkerung (gut verdienende Angestellte, Selbständige und Beamte) beteiligten sich schon in der Vergangenheit nicht an der solidarischen Krankenversicherung, sondern nahmen statt dessen teilweise ungerechtfertigte Privilegien und Vergünstigungen in Anspruch. Natürlich werden sie von den jetzigen Maßnahmen praktisch nicht betroffen.

Daher lauten die Forderungen:

- ! Weg mit der Praxisgebühr
- ! Weg mit den Erhöhungen der Beizahlungen für Medikamente und andere Leistungen
- ! Einbeziehung der Verdienener am Gesundheitssystem in die notwendigen Sparmaßnahmen
- ! Eine solidarische Krankenversicherung für Alle



Harry Gohr (Foto unten) Bürgermeisterkandidat der **PDS/Offene Liste** zum Thema Praxisgebühren:

Die Praxisgebühr ist unsozial, denn sie trifft besonders hart die Arbeitnehmer und Familien mit geringem Einkommen. Es darf nicht sein, dass in unserer Gesellschaft die Gesundheit und Lebenserwartung eine Frage des Geldbeutels sind. Bei diesen „Reformen“ steht nicht die Kostensenkung im Vordergrund, sondern eine brutale Umverteilung von unten nach oben. Deshalb lehne ich die Agenda 2010 der SPD ab und demonstriere morgen mit in Köln gegen den räuberischen Sozialabbau der Bundesregierung.

